



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung II Punkt 51 der öffentlichen Sitzung am 16. Dezember 2021

Vorlagen-Nr. 21-V-06-0001

Verstetigung des Projektes "Arbeit Neu Denken" des Dezernates VI

Beschluss Nr. 0607

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass:
 - 1.1 auf Grund des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bis 2022 alle Verwaltungsdienstleistungen auch digital anzubieten sind.
 - 1.2 die bloße Umwandlung von Papier-Formularen in PDF-Dokumente zum Download im Internet weder bürgerfreundlich ist, noch zur Entlastung der Mitarbeitenden beiträgt.
 - 1.3 für die Umsetzung des OZG die entsprechenden organisatorischen und technischen Voraussetzungen fachbereichsspezifisch zu schaffen sind.
 - 1.4 die jetzigen Verfahren langfristig nicht den Ansprüchen und Lebensrealitäten unserer (künftigen) Kolleginnen und Kollegen, unserer Bürgerinnen und Bürger und den gesetzlichen Anforderungen gerecht werden können.
 - 1.5 der demografische Wandel und Fachkräftemangel es erforderlich machen, dass standardisierte Prozesse automatisiert werden.
 - 1.6 hierfür vorgelagert alle Prozesse analysiert und optimiert werden müssen.
 - 1.7 die Corona-Krise deutlich macht, wie wichtig es ist, die Digitalisierung von internen Prozessen voranzutreiben, damit systemrelevante Aufgaben auch ohne persönliche Präsenz stabil erledigt werden können.
 - 1.8 das Dezernat VI mit ca. 2.500 Mitarbeitenden sowie über 170 Dienstleistungen und zahlreichen internen Prozessen zur Bearbeitung dieser im besonderen Maße von den genannten Herausforderungen betroffen ist.
 - 1.9 im Dezernat VI daher im März 2019 das Organisations- und Digitalisierungsprojekt „Arbeit Neu Denken“ initiiert wurde, um den genannten Herausforderungen unter regelhafter Beteiligung zahlreicher Mitarbeitender zu begegnen (s. Beschlüsse Nr. 0131 vom 2. Juli 2020, Nr. 0230 und 0231 vom 17. September 2020).
 - 1.10 im Rahmen des Teilprojektes „Digitalisierung der Verwaltungsarbeit“ von „Arbeit Neu

Denken“ von Oktober 2019 bis Dezember 2019 ein Digitalisierungslabor durchgeführt wurde, in dem gemeinsam mit Mitarbeitenden erprobt wurde, routinemäßige Prozesse teil- oder vollautomatisiert digital zu modellieren. Das Herzstück des Labors - eine Anwendung zur Prozesssteuerung ergänzt um die Komponenten Scanstraße, Klassifizierung, Dokumentenmanagementsystem, Robotik und Fachanwendungen - wurde zu einem ganzheitlichen und weitgehend automatisierten Ablauf verwoben. Die Laborphase konnte somit erfolgreich abgeschlossen werden.

- 1.11 aktuell ein Pilot für das Gesamtsystem für den Echtbetrieb in der Ausländerbehörde des Amtes für Zuwanderung und Integration (Amt 33), im Kommunalen Jobcenter des Sozialleistungs- & Jobcenter (Amt 50) sowie in den Abteilungen Kindertagesstätten, Bezirkssozialarbeit und Wohngeld des Amtes für Soziale Amt (Amt 51) vorbereitet wird.
- 1.12 im Rahmen des Teilprojektes „Digitalisierung der Verwaltungsarbeit“ im Mai 2020 als Coronasofortmaßnahme in Absprache mit dem Hauptamt (Amt 10) eine externe Druckstraße implementiert wurde, die es ermöglicht, orts- & zeitunabhängig - also auch aus dem Homeoffice - externe und interne Post vollautomatisch zu versenden.
- 1.13 im Rahmen des Teilprojektes „Digitalisierung der Verwaltungsarbeit“ ein Geschäftsprozessmanagement implementiert wird, da dieses grundsätzliche Voraussetzung zur Optimierung und Digitalisierung von Prozessen darstellt, um die Effizienz zu erhöhen.
- 1.14 im Rahmen des Teilprojektes „Digitalisierung der Verwaltungsarbeit“ und der Digitalisierungsoffensive folgende weitere Themen derzeit bearbeitet bzw. diskutiert werden: digital signierte Bescheide mit gesicherter Kommunikation, Tools zur digitalen Zusammenarbeit, sichere Kommunikation mit Sozialträgern.
- 1.15. im Rahmen des Teilprojektes „Arbeitgeberattraktivität stärken“ die Kooperationsprojekte mit dem Personalamt „Recruiting-Homepage“ und „Pilotierung einer digitalen Lernplattform (eLearning)“ initiiert und federführend bearbeitet sowie entsprechende Schulungsreihen für Mitarbeitende angeboten werden.
- 1.16 im Rahmen des Teilprojektes „Arbeitgeberattraktivität stärken“ folgende Maßnahmen initiiert und aktuell bearbeitet werden: Aufbau eines einheitlichen Onboardingkonzeptes innerhalb des Dezernates, Etablierung einer Podcast-Reihe „Rock die Verwaltung“, einer Schulungsreihe „kreative Methoden für Online-Meetings“ sowie einer Impulsreihe für Führungskräfte im Dezernat VI, Konzeptionierung neuer Bürowelten, Einführung agiler Methoden, Initiierung von diversen Formaten zur Mitarbeitendenbeteiligung sowie die Einrichtung des Filmstudios zur Digitalisierung von Wissen, Informationen und Schulungsinhalten zur Nutzung für alle Fachbereiche der Stadtverwaltung.
- 1.17 im Rahmen des Teilprojektes „Neue Wege zu den Bürger:innen“ folgende Maßnahmen initiiert und aktuell bearbeitet werden: Strategische Unterstützung und Befähigung der Fachbereiche bei der Transformation der das Dezernat VI betreffenden Dienstleistungen im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes, digitale Kommunikation mit Bürger:innen, Online-Terminvergabe, Besucherleitsysteme, Beratungsbereiche, Vereinfachung von Antragsverfahren durch Vermeidung von Doppelstrukturen.
- 1.18 von den Erfahrungen des Projektes im Rahmen des von Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung (Amt 15) initiierten Digitalisierungslotsen-Programmes auch andere Dezernate und Fachämter profitieren können und dass die Maßnahmen des Projektes so konzipiert werden, dass sie auch von anderen Fachämtern adaptiert und umgesetzt werden können.
- 1.19 aus diesem Grund „Arbeit Neu Denken“ an der dezernatsübergreifenden

„Digitalisierungsoffensive“ (Magistratsbeschluss Nr. 0197 vom 23. Februar 2021) und der Arbeitsgruppe „Bürgerportale“ (jeweils unter Federführung des Amtes 15) mitarbeitet und darüber hinaus enge Kooperationsbeziehungen zum Projekt „Digitales Standesamt“ (Amt 31) gepflegt werden.

- 1.20 all diese Maßnahmen bisher mit einem wöchentlichen Zeitkontingent von durchschnittlich 110 Stunden verteilt auf 9 Personen bewältigt werden. Umgerechnet bedeutet dies, dass für das Projekt mit dieser Themenvielfalt und den daraus resultierenden Folgeaufgaben momentan in Summe 2,75 VZÄ zur Verfügung stehen.
- 1.21 die Aufrechterhaltung der bisherigen Projekterfolge sowie der Support und die Pflege der technischen Verfahren immer mehr Zeit in Anspruch nehmen und daher zunehmend weniger Raum für weitere innovative Maßnahmen bleibt.
- 1.22 die Aufteilung von 2,75 VZÄ auf 9 Personen trotz hohen persönlichen Engagements Kontinuitätsprobleme, Rollenkonflikte, Vertretungsprobleme bei Urlaub und Krankheit sowie einen hohen Koordinationsaufwand mit sich bringt.
- 1.23 Veränderungsprozesse nur dann erfolgreich umgesetzt und dauerhaft implementiert werden können, wenn sowohl ausreichend personelle Kontinuität und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden als auch die Interessen des Fachpersonals bereits in den Pilotierungen ausreichend Berücksichtigung finden.
- 1.24 davon auszugehen ist, dass in den kommenden Jahren aufgrund des demografischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt zunehmend freiwerdende Stellen nicht mit ausreichend qualifizierten Fachkräften nachbesetzt werden können, somit eine Prozessautomatisierung zwingend notwendig ist, um künftig das volle Leistungsspektrum aufrechterhalten zu können und dadurch letztlich auch eine Kompensation von neu geschaffenen Stellen innerhalb der nächsten fünf Jahre erfolgen kann.

Es wird beschlossen:

2. Zur Verstärkung der bisherigen Projekterfolge des Teilprojektes „Digitalisierung der Verwaltungsarbeit“ des Projektes „Arbeit Neu Denken“ (u. a. Druckstraße, Prozesssteuerungsanwendung, DMS-Einführung) werden zum Stellenplan 2022/23 folgende Planstellen geschaffen:
 - 1,0 VZÄ IT-Consult:in im Bereich 50.12 *Digitalisierung und Geschäftsprozessmanagement*, Stellenwert A12 / E 11 IuK,
 - 1,0 VZÄ Administrator:in im Bereich 50.13 *EDV* mit dem Stellenwert A10 / E9b IuK
3. Zur Verstärkung des innovativen Charakters von „Arbeit Neu Denken“ und der Fortführung der Maßnahmen in den Teilprojekten „Arbeitgeberattraktivität stärken“ und „Neue Wege zu den Bürger:innen“ werden zum Stellenplan 2022/23 folgende Planstellen geschaffen:
 - 3,0 VZÄ Projektmitarbeiter:in im Dezernat VI, Stellenwert A 10 / E9c TVöD
 - 1,0 VZÄ Teilprojektleiter:in im Dez VI, Stellenwert A12 / E11 TVöD
4. Die unter Punkt 2 und 3 genannten Planstellen können nach der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung vorab der Beschlussfassung und Genehmigung der nächsten Haushaltsberatungen bzw. Stellenplans überplanmäßig ab dem 1. September 2021 besetzt werden.
5. Zur Umsetzung des Projektes „Arbeit Neu Denken“ werden im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018ff. das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals Dezernat VI ab dem 1. September 2021 um 6,0 VZÄ erhöht.

6. Insgesamt entstehen Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von 144.806,67 Euro in 2021 und 434.420,00 Euro ab 2022ff. Die Kosten 2021 werden aus dem Budget des Dezernates VI/51 "Arbeit Neu Denken", IA 104501, finanziert. Für 2022 ff. werden die Kosten im Rahmen des Budgets durch Dezernat VI/51 angemeldet.
7. Dezernat VI wird beauftragt, Dezernat I/15 umgehend zu informieren, sofern eine Unterbringung des zusätzlichen Personals im Bestand nicht möglich ist. In diesem Fall ist die Anmietung zusätzlicher Flächen dem Magistrat im Rahmen einer gesonderten Sitzungsvorlage zur Entscheidung vorzulegen.

(antragsgemäß)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .12.2021

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender